

Das Wichtigste in Kürze

Die Coronapandemie prägte das Gerichtsjahr 2020 massgeblich. Das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) setzte einen Fachstab ein, der entsprechend den Entwicklungen sowie den Vorgaben des Bundesamts für Gesundheit laufend Entscheidungsgrundlagen vorbereitete und Massnahmen umsetzte.

Seinen Rechtsprechungsbetrieb gewährleistete das Gericht unter anderem mit erweiterter Telearbeit und dem Vorantreiben der Digitalisierung. So lancierte es etwa das Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF und setzte den Schwerpunkt Informationsmanagement. Mit eTAF – und darin integriert das bisherige Programm DigiTAF – soll das BVGer bis zum Jahr 2025 schrittweise digitalisiert werden. Dabei sollen Effizienz und Effektivität der Arbeitsweise am Gericht optimiert und der Zugang zur Justiz vereinfacht werden.

Das mit allen Abteilungen erarbeitete System zur Ressourcenbewirtschaftung EquiTAF wurde im Berichtsjahr dem Betrieb übergeben. Anhand von aussagekräftigen und vergleichbaren Daten zum Arbeitsaufwand in den einzelnen Abteilungen können nun Ziele und Massnahmen zur Ressourcensteuerung präziser definiert werden.

Im Berichtsjahr schloss das Bundesverwaltungsgericht insgesamt 6499 Fälle ab. Aus dem Vorjahr übernahm es 5422 Fälle; 6595 neue Fälle gingen im Verlauf des Jahres ein. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 288 Tage.



BUNDESV ERWALTUNGSGERICHT

1. Allgemeiner Teil	60
Zusammensetzung des Gerichts	60
Gerichtsorganisation	62
Kommissionen	63
Geschäftslast	64
Koordination der Rechtsprechung	65
Gerichtsverwaltung	65
Projekte	66
Aufsicht	66
Zusammenarbeit	68
2. Hinweise an den Gesetzgeber	69
3. Statistiken	70

GESCHÄFTSBERICHT 2020 DES BUNDESV ERWALTUNGSGERICHTS

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgesetzes erstatten wir Ihnen nachfolgend Bericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2020.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bundesverwaltungsgericht

Die Präsidentin: Marianne Ryter

Die Generalsekretärin: Stephanie Rielle La Bella

St. Gallen, 27. Januar 2021

1. ALLGEMEINER TEIL

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsgorgane

Präsidium

Präsidentin:	Marianne Ryter
Vizepräsident:	Vito Valenti

Verwaltungskommission

Präsidentin:	Marianne Ryter
Vizepräsident:	Vito Valenti
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner Claudia Cotting-Schalch Walter Lang

Präsidentenkonferenz

Vorsitzende:	Nina Spälti Giannakitsas, Präsidentin Abteilung IV
Mitglieder:	Annie Rochat Pauchard, Präsidentin Abteilung I Pascal Richard, Präsident Abteilung II David Weiss, Präsident Abteilung III Emilia Antonioni Luftensteiner, Präsidentin Abteilung V (bis 30.9.) Barbara Balmelli-Mühlematter, Präsidentin Abteilung V (ab 1.10.) Jenny de Coulon Scuntaro, Präsidentin Abteilung VI

Stab Leitungsgorgane

Generalsekretärin:	Stephanie Rielle La Bella
Stellvertreter:	Bernhard Fasel

Abteilungen

Abteilung I

Präsidentin:	Annie Rochat Pauchard
Mitglieder:	Christine Ackermann Sonja Bossart Meier Jérôme Candrian Kathrin Dietrich (bis 31.7.) Raphaël Gani Maurizio Greppi Emilia Antonioni Luftensteiner (ab 1.10.) Keita Mutombo (ab 1.4.) Claudia Pasqualetto Péquignot Daniel Riedo Marianne Ryter Jürg Steiger Jürg Marcel Tiefenthal (ab 1.9.)

Abteilung II

Präsident:

Pascal Richard

Mitglieder:

Maria Amgwerd

Pietro Angeli-Busi

David Aschmann

Jean-Luc Baechler

Stephan Breitenmoser

Francesco Brentani

Kathrin Dietrich (ab 1.8.)

Ronald Flury

Martin Kayser

Vera Marantelli-Sonanini

Keita Mutombo (bis 31.3.)

Eva Schneeberger

Marc Steiner

Daniel Willisegger

Christian Winiger

Abteilung III

Präsident:

David Weiss

Mitglieder:

Caroline Bissegger

Michela Bürki Moreni

Caroline Gehring

Viktoria Helfenstein

Madeleine Hirsig-Vouilloz

Michael Peterli

Christoph Rohrer

Daniel Stufetti

Vito Valenti

Beat Weber

Abteilung IV

Präsidentin:

Nina Spälti Giannakitsas

Mitglieder:

Gérald Bovier

Daniela Brüscheweiler

Daniele Cattaneo

Claudia Cotting-Schalch

Yanick Felley

Mia Fuchs

Walter Lang

Gérard Scherrer

Jeannine Scherrer-Bänziger

Hans Schürch (bis 31.8.)

Contessina Theis

Simon Thurnheer

Jürg Marcel Tiefenthal (bis 31.8.)

Thomas Wespi (bis 12.12.)

Abteilung V

Präsidentin:	Emilia Antonioni Luftensteiner (bis 30.9.) Barbara Balmelli-Mühlematter (ab 1.10.)
Mitglieder:	Muriel Beck Kadima Sylvie Cossy (bis 31.3.) Deborah D'Aveni (ab 1.7.) Gabriela Freihofer Markus König Constance Leisinger Christa Luterbacher Camilla Mariéthoz Wyssen (ab 1.7.) Esther Marti Jean-Pierre Monnet (bis 31.8.) Lorenz Noli Roswitha Petry Grégory Sauder William Waeber David Wenger

Abteilung VI

Präsidentin:	Jenny de Coulon Scuntaro
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner Daniele Cattaneo Gregor T. Chatton Sylvie Cossy (ab 1.4.) Susanne Genner Fulvio Haefeli Regula Schenker Senn Andreas Trommer

Im Berichtsjahr amtierten *Marianne Ryter* als Präsidentin und *Vito Valenti* als Vizepräsident des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst der Präsidentin und dem Vizepräsidenten aus *Yannick Antoniazza-Hafner*, *Claudia Cotting-Schalch* und *Walter Lang* zusammen. Die Abteilungen wurden präsiert von *Annie Rochat Pauchard* (Abteilung I), *Pascal Richard* (Abteilung II), *David Weiss* (Abteilung III), *Nina Späli Giannakitsas* (Abteilung IV) und *Jenny de Coulon Scuntaro* (Abteilung VI). *Emilia Antonioni Luftensteiner* präsierte die Abteilung V bis zu ihrem Wechsel in die Abteilung I; per 1. Oktober übernahm *Barbara Balmelli-Mühlematter* das Abteilungspräsidium.

Im Laufe des Jahres wechselten weitere Richterinnen und Richter die Abteilung: *Sylvie Cossy* ging von der Abteilung V zur Abteilung VI, *Keita Mutombo* von der Abteilung II zur Abteilung I, *Kathrin Dietrich* von der Abteilung I zur Abteilung II und *Jürg Marcel Tiefenthal* von der Abteilung IV zur Abteilung I.

Im Berichtsjahr stiessen *Deborah D'Aveni* und *Camilla Mariéthoz Wyssen* neu hinzu. Beide traten das Richteramt am 1. Juli an, wobei *D'Aveni* am 18. Dezember 2019 und *Mariéthoz Wyssen* am 17. Juni durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt wurden. *Jean-Pierre Monnet* und *Hans Schürch* gingen per 1. September in den Ruhestand. Leider verstarb am 12. Dezember *Thomas Wespi* nach längerer schwerer Krankheit. *Sylvie Cossy* verliess das Gericht per Jahresende, um eine neue Herausforderung als kantonale Mediatorin für Verwaltungsangelegenheiten in der Waadt anzunehmen.

Gerichtsorganisation**Gesamtgericht**

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr – wie schon im Vorjahr – zu vier ordentlichen Sitzungen. Dabei verab-

schiedete es unter anderem zwei abtretende Richter und vereidigte zwei neu eintretende Richterinnen. Die März-sitzung wurde pandemiebedingt abgesagt. An der ordentlichen Sitzung vom 27. Oktober schlug das Gesamtgericht zuhanden der Bundesversammlung *Marianne Ryter*, Richterin der Abteilung I, als Gerichtspräsidentin sowie *Vito Valenti*, Richter der Abteilung III, als Vizepräsident für die Amtsperiode 2021/2022 vor.

Mittels elektronischer Abstimmung wählte das Gesamtgericht am 15. Dezember folgende Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten für die Amtsperiode 2021/2022: *Annie Rochat Pauchard*, Abteilung I; *Pascal Richard*, Abteilung II; *David Weiss*, Abteilung III; *Contessina Theis*, Abteilung IV; *Barbara Balmelli-Mühlematter*, Abteilung V; *Gregor T. Chatton*, Abteilung VI. Zudem wählte es folgende Mitglieder für die Amtsperiode 2021/2022 in die Verwaltungskommission: *Yannick Antoniazza-Hafner*, Richter Abteilung VI; *Claudia Cotting-Schalch*, Richterin Abteilung IV; *Walter Lang*, Richter Abteilung IV.

Am 16. Juni erliess das Gesamtgericht das Ausführungsreglement über den elektronischen Rechtsverkehr mit Parteien. Ferner verabschiedete es die Umteilung der Materie «Berufliche Vorsorge» per 1. August von der Abteilung I in die Abteilung III. Die Materie wurde damit derjenigen Abteilung wieder zugewiesen, die diese Verfahren bereits früher behandelt hat.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission traf sich zu insgesamt 16 ordentlichen Sitzungen, wovon eine in Form einer Retraite durchgeführt wurde. Als Verwaltungskommissionsziele 2020/2021 wurden definiert und verabschiedet: Umsetzung des Konzepts EquiTAF, Schaffung von Grundlagen für die digitale Transformation (Erarbeiten einer Strategie Wissensmanagement 2020+, Dokumentation der Prozesse, Analyse der rechtlichen Grundlagen für den elektronischen Rechtsverkehr) sowie Priorisierung der Projekte und Vorhaben im Rahmen des Projektportfolios.

Die Verwaltungskommission fällte verschiedene Personalentscheide sowie Beschlüsse zu Themen wie dem Voranschlag 2021, dem elektronischen Rechtsverkehr, der Ausschreibung der Reinigungsdienstleistungen, der Genehmigung der Vorstudie Wissensmanagement, einer neuen Telearbeitsregelung und zu Nebenbeschäftigungen von Richterinnen und Richtern. Des Weiteren verabschiedete sie das digitale Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF und entschied über die organisatorischen Rahmenbedingungen und die erforderlichen Ressourcen zur Umsetzung. Zudem überwachte sie im Rahmen des

Tertialreportings die Verfahrenszahlen und fällte Entscheide zur Bestellung des Stellenetats. Sämtliche Sitzungen der Verwaltungskommission wurden – auch während des Lockdowns – unter Einhaltung eines Schutzkonzepts durchgeführt. Die Dialogrunden zu Führungsthemen zwischen Verwaltungskommission, Abteilungspräsidien, Richterinnen und Richtern sowie Gerichtsschreibenden wurden soweit als möglich fortgeführt.

Nachdem die Verwaltungskommission die interimistische Aufsicht über die Eidgenössische Schätzungskommission Kreis 10 (ESchK 10) anfangs 2018 einer Taskforce übertragen hatte, genehmigte sie auch den Jahresbericht 2019 der ESchK 10.

Das Gesamtgericht wählte an der digitalen Plenums-sitzung vom 15. Dezember die Mitglieder der Verwaltungskommission für die Amtsdauer 2021/2022.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere für die Koordination der Rechtsprechung zuständig. Im Berichtsjahr traf sie sich zu zwölf Sitzungen (zehn im Vorjahr). Die Konferenz verabschiedete unter anderem ein Merkblatt betreffend Struktur eines Urteils, das für alle Kategorien von Entscheiden die wichtigsten strukturellen Grundsätze formuliert und Richterinnen und Richtern sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern bei der Arbeit am Urteil dient. Ausserdem befasste sie sich mit Fragen zum einheitlichen Vorgehen beim Umgang mit elektronischen Eingaben von Parteien oder Dritten, die ein laufendes Verfahren betreffen.

Kommissionen

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission (RK) definiert die strategische Ausrichtung von Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts und gewährleistet die Einheitlichkeit der amtlichen Entscheidsammlung (BVGE). Sie setzt sich aus fünf Richtern und einem Gerichtsschreibenden zusammen und wird von Mitarbeitenden der Wissenschaftlichen Dienste unterstützt.

Im Berichtsjahr tagte die RK zehn Mal, und es wurden neun BVGE-Newsletter versandt. Der Jahresband der BVGE 2019 mit 39 Entscheiden erschien im Dezember 2020.

Den Jahreszielen entsprechend wurde der Dialog mit der PK intensiviert, insbesondere zur Bedeutung der BVGE. Zugleich sind den Leitungsgremien die Ergebnis-

se der RK-Umfrage zur Suche nach urteilsrelevantem Wissen präsentiert worden; diese sind in der Folge in die Wissensmanagement-Strategie eingeflossen.

Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Richterinnen bzw. Richtern. Sie blieb im Berichtsjahr personell unverändert. Mittlerweile verfügen die meisten ihrer Mitglieder über eine Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement – insbesondere Mediation. Im Berichtsjahr wurde die Schlichtungsstelle nicht angerufen.

Schlichtungskommission

Die Schlichtungskommission informiert, berät und vermittelt bei Streitigkeiten, die in den Bereich des Gleichstellungsgesetzes fallen. Ziel des Schlichtungsverfahrens ist eine einvernehmliche Regelung des Streitfalls, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann. Die Schlichtungskommission klärt mithilfe der Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer/in) den Sachverhalt und versucht, in der Schlichtungsverhandlung eine Einigung herbeizuführen. Im Berichtsjahr wurde sie nicht angerufen.

Personalkommission

Im Berichtsjahr gingen bei der Personalkommission (PEKO) keine Konsultationen ein. Anlässlich einer Präsentation der PEKO an einer Sitzung der Verwaltungskommission im Frühling wurde der Wunsch geäußert, die PEKO möglichst früh in Projekte einzubeziehen.

Die anlässlich des Grillanlasses von 2019 gesammelten Ziele, Wünsche und Vorschläge der Mitarbeitenden wurden Anfang des Jahres im Intranet publiziert und auch mit dem Bereich HR besprochen. Danach war das Berichtsjahr in erster Linie geprägt von Anfragen der Mitarbeitenden betreffend die Umsetzung der Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit am Gericht.

Vertrauensstelle

Die Vertrauensstelle amtet bei Fragen und Problemen, die mit dem Arbeitsverhältnis verknüpft sind, soweit nicht die interne Schlichtungsstelle bei Konflikten innerhalb der Richterschaft oder die Schlichtungskommission zuständig ist. Im Berichtsjahr wurde die Vertrauensstelle mehrmals von Mitarbeitenden betreffend deren Beziehung zu Vorgesetzten bzw. Arbeitskolleginnen und -kollegen zugezogen. Das Ziel einer angenehmen Betriebskultur wird von diversen Stellen im Rahmen ihrer Kompetenzen sehr ernst genommen, was zur Minderung der Anzahl grösserer Konflikte beiträgt. Die Vertrauenspersonen er-

achten diese niederschwellige Anlaufstelle weiterhin als sehr wichtig, um erste Fragen zu klären und allfällige weitere Schritte unkompliziert zu besprechen sowie Eskalationen möglichst zu vermeiden.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 70 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 5422 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 6595 (Vorjahr 6969) neue Fälle ein, denen 6499 (Vorjahr 7158) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der penden-ten Fälle stieg zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 96 (+1,8%) auf 5518 an. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 288 (Vorjahr 264) Tage. Am Ende des Jahres waren 622 (Vorjahr 421) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die sechs Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abt. I	904	659
Abt. II	369	418
Abt. III	613	590
Abt. IV	1795	1844
Abt. V	1782	1770
Abt. VI	1132	1218
Gesamthaft	6595	6499

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung zu fünf (Vorjahr sechs) Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen. Inhaltlich nahm das Gericht Stellung zum Bundesgesetz über die Durchführung von internationalen Abkommen im Steuerbereich und zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Durchführung von zwischenstaatlichen Abkommen des Bundes zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Eine weitere Stellungnahme erfolgte zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht. Bei zwei Vernehmlassungen wurde auf eine Stellungnahme verzichtet. Eine Vernehmlassung (Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenver-

kehrt durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit) war am Ende des Berichtsjahrs noch in Bearbeitung.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurden keine abteilungsübergreifenden Koordinationsverfahren nach Art. 25 VGG eingeleitet. Die Präsidentenkonferenz fasste Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, die alle Abteilungen betreffen. Im Berichtsjahr waren dies insbesondere Fragen, die sich aufgrund der Auswirkungen der Coronapandemie auf den Gerichtsbetrieb stellten. So präzisierte und ergänzte sie unter anderem die Verordnung des Bundesrats vom 20. März über den Stillstand der Fristen in Zivil- und Verwaltungsverfahren zur Aufrechterhaltung der Justiz im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19). Weiter beschloss sie ein einheitliches Vorgehen bei Eröffnungsschwierigkeiten im In- und Ausland sowie bei Sendungsnachweisen mit den Initialen der Postbotin oder des Postboten und dem Vermerk «Corona». Infolge der im Zusammenhang mit den Schutzmassnahmen des Bundes zur Bekämpfung der Coronapandemie angeordneten erweiterten Telearbeit verabschiedete die Präsidentenkonferenz ausserdem ein einheitliches Vorgehen für die elektronische Abwicklung von Entscheidzirkulationen.

Rein asylrechtliche Fragen, seien diese materieller oder verfahrensrechtlicher Art, werden nach den Reglementen über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV und V des Bundesverwaltungsgerichts bzw. der Abteilungen IV, V und gegebenenfalls VI des Bundesverwaltungsgerichts koordiniert.

Gerichtsverwaltung

Gerichtsbetrieb

Im Berichtsjahr stellten die fünf Bereiche des Generalsekretariats mit ihren Dienstleistungen nicht nur wie gewohnt den Gerichtsbetrieb sicher; sie waren auch stark mit den Auswirkungen der Coronapandemie auf das BVGer beschäftigt.

Nebst dem Tagesgeschäft wurde auch die Digitalisierung am BVGer vorangetrieben. Das bisherige Programm DigiTAF wurde in ein neues, übergeordnetes Organisationsentwicklungsvorhaben namens eTAF integriert. Gleichzeitig wurde ein Schwerpunkt auf das Informationsmanagement gesetzt. Hierzu waren auch gewisse

organisatorische Anpassungen im Generalsekretariat erforderlich, die am 1. August in Kraft traten. Eine Stabstelle koordiniert seither die Projekte im Bereich Digitalisierung. Der Bereich Informatik wurde als Teil des Informationsmanagements in den Bereich Wissenschaftliche Dienste integriert.

Das neue System zur Ressourcenbewirtschaftung, das unter dem Projektnamen EquiTAF mit allen Abteilungen erarbeitet wurde, wurde im Berichtsjahr abgeschlossen und dem Betrieb übergeben.

Mit Ausbruch der Coronapandemie setzte das Generalsekretariat einen Fachstab ein, der aufgrund der Entwicklungen und der Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit Entscheidungsgrundlagen vorbereitete sowie Massnahmen plante und umsetzte. Diese betrafen nebst der Ausarbeitung einer Regelung für die erweiterte Telearbeit auch das Einrichten eines Scanning-Dienstes und einer Infrastruktur zur elektronischen Ablage der Daten. Für das BVGer waren dabei drei Ziele massgebend: den maximalen Schutz aller Personen am Gericht sicherzustellen, das Infektionsrisiko am Arbeitsplatz zu minimieren und dafür zu sorgen, dass der Gerichtsbetrieb aufrechterhalten werden konnte.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 426 Personen tätig: 73 Richter/innen (65,15 Stellen), 228 Gerichtsschreiber/innen (190,5 Stellen), 45 Kanzleimitarbeiter/innen in den Abteilungen (37,2 Stellen) sowie 80 Mitarbeiter/innen im Generalsekretariat (69,6 Stellen). Zudem machten im Jahr 2020 4 Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht und 21 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

67,7% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 25,8% französischer, 6,3% italienischer und 0,2% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahrs über das ganze Gericht gesehen 58,0%, wobei er beim richterlichen Personal bei 46,6% und bei den Mitarbeitenden bei 60,3% lag. 35,6% der Richter/innen und 53,3% der Angestellten arbeiteten Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 90%. Die Fluktuationsrate betrug 11,3% (Vorjahr 10,9%); bei den Richterinnen und Richtern 5,4%, bei den Gerichtsschreibern und -schreiberinnen 10,8% und beim übrigen Personal 15,7%.

Finanzen

Den Erträgen von 4 281 400 Franken stehen Aufwendungen von 83 874 800 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 5,1%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrertrag von 97 500 Franken oder 2,3% zu verzeichnen. Bei den Gerichtsgebühren wird gegenüber der Vorjahresperiode ein Mehrertrag von 83 000 Franken oder 2,1% verzeichnet, die Zahl gebührenwirksamer Verfahren hat um 11,1% abgenommen. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1 573 400 Franken oder 1,8% gesunken. Der Personalaufwand hat um 434 800 Franken und der Sach- und Betriebsaufwand um 1 144 700 Franken abgenommen. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 151 600 Franken enthalten. Aufgrund einer bundesgerichtlichen Klärung von Rückforderungen der Eidgenössischen Schätzungskommission Kreis 10 sowie der entsprechenden Verpflichtung, den Mitgliedern Kostenvorschüsse zu leisten, sinken die entsprechenden Kosten im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von höheren Rückforderungen um 48 100 Franken. Es wurden keine Investitionen getätigt. Die Abschreibungen betrugen 41 400 Franken und betrafen Abschreibungen für die gastronomische Einrichtung und Ausstattung, Scangeräte, das Videoüberwachungssystem sowie das Geschäftsfahrzeug.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht veröffentlichte 23 Medienmitteilungen (Vorjahr 24). 21 davon betrafen die Rechtsprechung und 2 den übrigen Gerichtsbetrieb. Insgesamt behandelte der Bereich Kommunikation 171 Anfragen von Medienschaffenden. Ende Jahr waren 59 Journalistinnen und Journalisten am Gericht akkreditiert.

Von öffentlichem Interesse waren beispielsweise das Urteil über die Lohnsanktion gegen den Bundesanwalt, die vorsorglichen Massnahmen im Rahmen eines Zwischenentscheides zu Chlorothalonil, ein Entscheid über Amtshilfe an Frankreich im Rahmen einer Beschwerde der UBS oder das Urteil zu strengeren Kriterien für Dublin-Überstellungen nach Italien.

Die Massnahmen rund um das Coronavirus stellten die Öffentlichkeitsarbeit des Gerichts vor besondere Herausforderungen. So mussten sich Interessierte – ob Medienschaffende oder andere –, die eine öffentliche Sitzung mitverfolgen wollten, vorgängig anmelden wegen der beschränkten Teilnehmerzahl. Sämtliche Besucherführungen und Veranstaltungen im Gerichtsgebäude wurden ab März abgesagt. Umgekehrt stieg der Bedarf an

interner Kommunikation, um das Personal fortlaufend über die Entscheide der Gerichtsleitung zu informieren.

Projekte

EquiTAF

Ende Jahr wurde das Projekt EquiTAF nach gut vierjähriger Erarbeitungszeit abgeschlossen und dem Betrieb übergeben. Anhand von aussagekräftigen und vergleichbaren Daten zum Arbeitsaufwand in den einzelnen Abteilungen können nun Ziele und Massnahmen zur Ressourcensteuerung präziser definiert werden. Damit wurde das Projektziel erreicht, einen Vergleich der Geschäftslast zwischen den Abteilungen zu ermöglichen und ein pragmatisches System zur angemessenen Ressourcenbewirtschaftung auf Ebene des gesamten Gerichts zu schaffen. Zwei Massnahmen, die sich im Projektverlauf ergaben, werden noch weiterverfolgt. Sie betreffen die Fallverteilung im italienischsprachigen Bereich und die Förderung von abteilungsübergreifenden Spruchkörpern.

DigiTAF/eTAF

Das Bundesverwaltungsgericht integrierte im Berichtsjahr sein Digitalisierungsvorhaben DigiTAF in ein übergeordnetes Organisationsentwicklungsvorhaben namens eTAF. Dieses hat zum Ziel, das Gericht bis ins Jahr 2025 schrittweise zu digitalisieren. Im Kern geht es darum, Effizienz und Effektivität der Arbeitsweise am Gericht zu optimieren und den Zugang zur Justiz zu vereinfachen. Alle Akten werden digitalisiert, und es soll mit einer passenden Geschäftsverwaltungslösung sowie einem zentralen Dokumentenmanagementcenter gearbeitet werden. So wird das BVGer auch anschlussfähig für Justitia 4.0. Damit die Mitarbeitenden künftig digital, ortsunabhängig und kollaborativ arbeiten können, sorgt eTAF für die rechtlichen, technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Es nimmt sich darüber hinaus der kulturellen Herausforderungen an, die die Digitalisierung mit sich bringt.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Die Aufsichtsdelegation über die Eidgenössischen Schätzungskommissionen (ESchK) setzt sich aus Richterinnen und Richtern sowie Mitarbeitenden der Kammer 1 der Abteilung I zusammen. Im Berichtsjahr gehörten ihr Richterin *Claudia Pasqualetto Péquignot* und Richter *Maurizio*

Greppi sowie Gerichtsschreiber *Stephan Metzger* an. Die aufsichtsrechtliche Tätigkeit bestand im Wesentlichen in der Prüfung der Jahresberichte der ESchK-Kreise und in der Suche nach einem Nachfolger für den scheidenden Präsidenten des Kreises 6. Die Kommissionen, die zum Teil mit einer hohen Arbeitslast konfrontiert sind, erledigten ihre Arbeit gut.

Die administrative Aufsicht über die ESchK 10 wird seit Anfang 2018 durch das Generalsekretariat des BVGer ausgeübt. Die Prüfung des Jahresberichts der ESchK 10 hat ergeben, dass der Abbau der Fälle weiter erfolgreich vorangetrieben wurde. Es wurden 195 Fälle erledigt, 190 davon betreffend Fluglärm und 5 stehen in Zusammenhang mit dem Bahnbetrieb.

Bundesgericht

Haupttraktanden der Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts vom 3. April, die pandemiebedingt per Videokonferenz in Lausanne, Luzern und St. Gallen abgehalten wurde, waren der Geschäftsbericht 2019, die Rechnung 2019 und der Voranschlag 2021. Ausserdem besprochen wurden der Stand des Projekts «Elektronisches Dossier Schweiz», die Einführung des elektronischen Geschäftsverwaltungssystems GEVER sowie der Umgang mit elektronisch übermittelten Eingaben. Zur Sprache kamen sodann die Teilrevision des Bundesgerichtsgesetzes sowie die Inspektion der Geschäftsprüfungskommissionen mit Evaluation der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle. Schliesslich fand ein Austausch statt zu den Massnahmen im Umgang mit dem Coronavirus – etwa dem Einsatz eines Krisenstabs und der Einführung der erweiterten Telearbeit.

An der Aufsichtssitzung vom 9. Oktober in St. Gallen wurden die Geschäftslast, die personelle Situation sowie die Organisation am Bundesverwaltungsgericht behandelt. Ferner wurde der aktuelle Stand von Justitia 4.0 besprochen. In diesem Zusammenhang stellte das Gericht sein Digitalisierungsvorhaben eTAF vor. Weitergehend besprochen wurden die laufenden Arbeiten zum revidierten Enteignungsgesetz sowie die mit der Umsetzung der neuen Verordnungen über die Gebühren im Enteignungsverfahren und über die Entschädigung der Eidgenössischen Schätzungskommissionen verbundenen organisatorischen und informationstechnischen Anpassungen am Bundesverwaltungsgericht.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht drei Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht ein.

In keinem der Verfahren wurde der Anzeige Folge geleistet.

Bundesversammlung

Am 22. April fand eine Sitzung mit den Subkommissionen Gerichte/BA der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte im Parlamentsgebäude in Bern statt. Neben dem Geschäftsbericht 2019 wurde die Flexibilisierung der Personalressourcen beim Bundesverwaltungsgericht besprochen. Die GPK anerkannten den Bedarf des Gerichts nach einer grösseren Flexibilisierung, hiessen den Antrag des BVGer gut und überwiesen ihn zur Umsetzung an die Rechtskommissionen.

Die Befragungen der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle zum Thema «Geschäftsverteilung bei den eidgenössischen Gerichten» im Rahmen der von den Geschäftsprüfungskommissionen in Auftrag gegebenen Inspektion wurden abgeschlossen.

Mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte wurde im Berichtsjahr eine Sitzung durchgeführt. Die Sitzung vom 29. April wurde pandemiebedingt abgesagt. An der Sitzung vom 28. Oktober wurden die Staatsrechnung 2019, der Voranschlag 2021 und der Finanzplan 2022–2024 behandelt sowie Querschnittsfragen beantwortet. Das Budget wurde ohne Änderungen angenommen.

Angesichts weiterer Rücktritte im Berichtsjahr, einer krankheitsbedingten Langzeitabwesenheit eines Richters sowie der sich abzeichnenden Ressourcenknappheit für die französische Sprache am BVGer entschied die Gerichtskommission, die Stelle einer Richterin bzw. eines Richters französischer Sprache auszuschreiben, auch wenn sich der Bestand der Richterinnen und Richter bis zum Erreichen der in der Verordnung vorgegebenen Zahl noch immer in der Abbauphase befindet.

Am 17. Juni wählte die Vereinigte Bundesversammlung *Camilla Mariéthoz Wyssen* zur Richterin am Bundesverwaltungsgericht.

Auf Vorschlag des Gesamtgerichts wählte die Bundesversammlung am 16. Dezember das Präsidium des Gerichts. *Marianne Ryter* präsidiert das Bundesverwaltungsgericht in den Jahren 2021 und 2022, *Vito Valenti* wurde zum Vizepräsidenten für die Amtsperiode 2021/2022 gewählt.

Zusammenarbeit

Die eidgenössischen Gerichte stehen in regelmässigen Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng zusammen. Auf Ebene der Generalsekretariate fanden drei gemeinsame Treffen statt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Wiederkehrende Themen waren das Projekt Justitia 4.0, der elektronische Rechtsverkehr sowie der zukünftige Bibliothekverbund. Zudem wurden die Revision des Enteignungsgesetzes, der Datenschutz und der Geschäftsbericht 2020 besprochen. Wie üblich wurden im Rahmen dieser Treffen auch die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

2. HINWEISE AN DEN GESETZGEBER

In den Beschwerdeverfahren betreffend Invalidenversicherung kommt es immer wieder vor, dass der Rechtsdienst der Invalidenversicherung von sich aus zur Erkenntnis gelangt, der medizinische Sachverhalt sei ungenügend abgeklärt worden. In der Folge stellt auch die Vorinstanz Antrag auf Gutheissung der Beschwerde und Rückweisung zur weiteren medizinischen Abklärung.

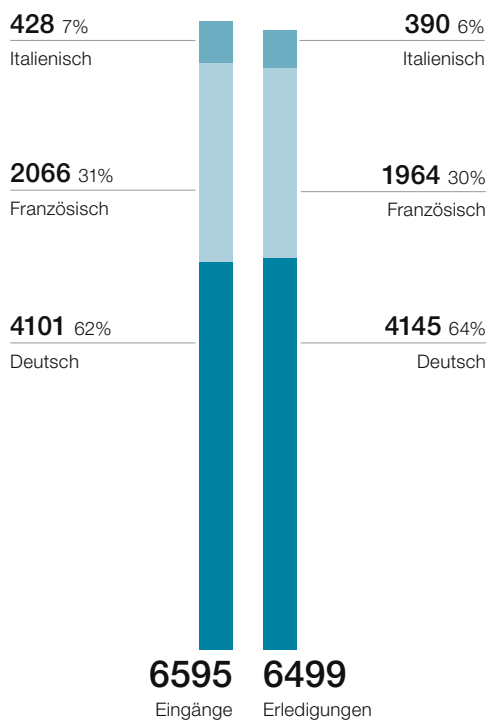
Art. 85^{bis} Abs. 3 AHVG gestattet die Erledigung einer offensichtlich unbegründeten Beschwerde durch den Einzelrichter. Hingegen fehlt eine gesetzliche Regelung, die im Fall eines gemeinsamen Antrags der Verfahrensbeteiligten bei offensichtlich begründeter Beschwerde eine Gutheissung durch den Einzelrichter ermöglichen würde. Mit einer entsprechenden Norm könnte künftig auf den Entscheid durch den Dreierspruchkörper im Zirkulationsverfahren verzichtet und das Beschwerdeverfahren mit Einzelrichterentscheid beschleunigt werden.

3. STATISTIKEN

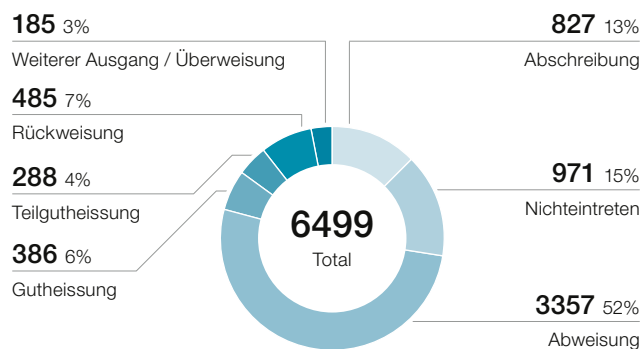
3.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingang 2019	Erledigung 2019	Übertrag von 2019	Eingang 2020	Erledigung 2020	Übertrag auf 2021	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Guttheissung	Teilguttheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	6594	6782	5351	6210	6110	5451	779	875	3260	344	281	480	53	38
Klagen	4	2	6	2	3	5	–	1	–	–	1	–	1	–
Andere Rechtsmittel	177	181	19	183	173	29	34	14	20	19	1	3	38	44
Revisionsgesuche usw.	194	193	46	200	213	33	14	81	77	23	5	2	6	5
TOTAL	6969	7158	5422	6595	6499	5518	827	971	3357	386	288	485	98	87

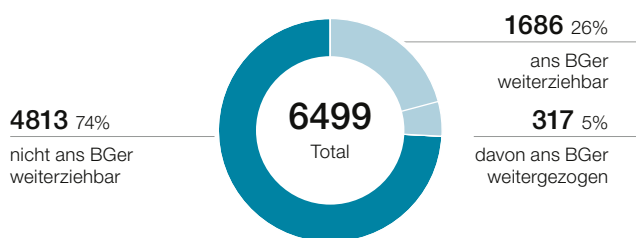
3.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2020



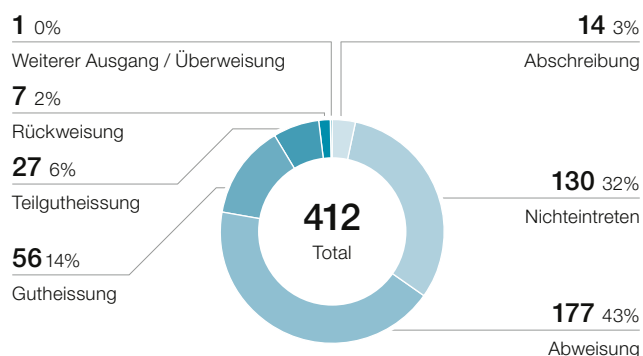
3.1.2 Art der Erledigung 2020



3.1.3 Erledigung 2020



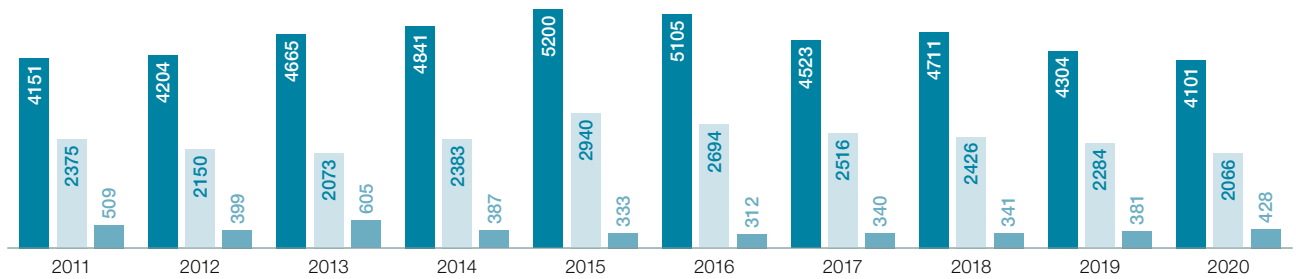
3.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren



Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2019 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen, Materienverschiebungen, usw.).

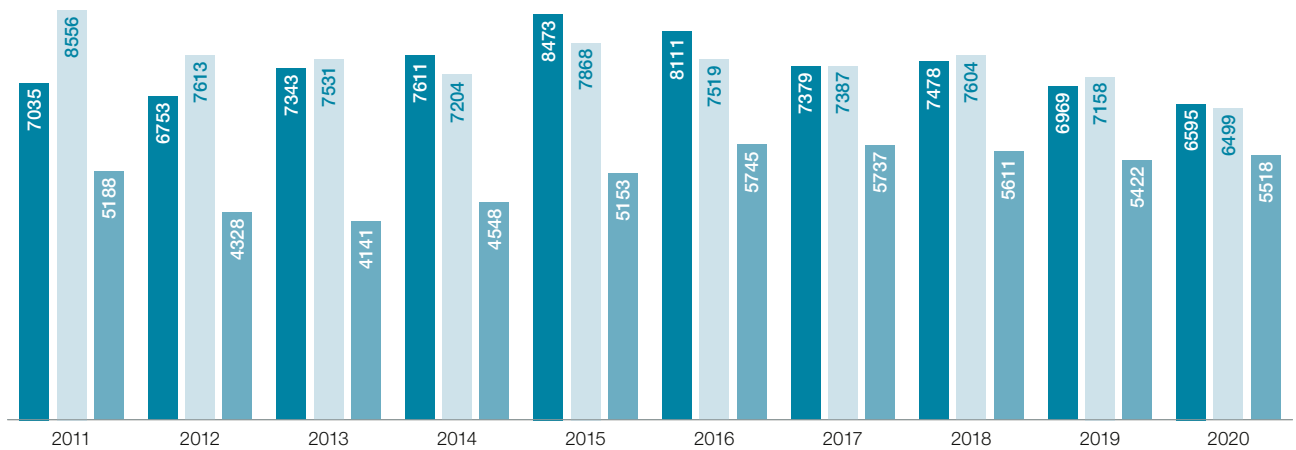
3.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen

■ Deutsch ■ Französisch ■ Italienisch



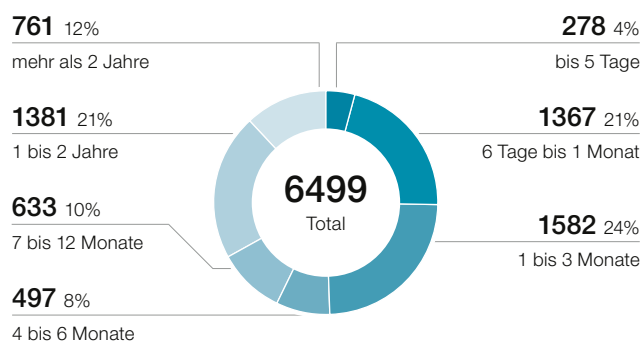
3.1.6 Eingänge, Erledigungen, Überträge

■ Eingänge ■ Erledigungen ■ Überträge



3.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2020
Beschwerden	213	1198	1466	480	627	1371	755	6110
Klagen	1	–	–	–	1	–	1	3
Andere Rechtsmittel	42	72	45	9	–	5	–	173
Revisionsgesuche usw.	22	97	71	8	5	5	5	213
GESAMTTOTAL	278	1367	1582	497	633	1381	761	6499



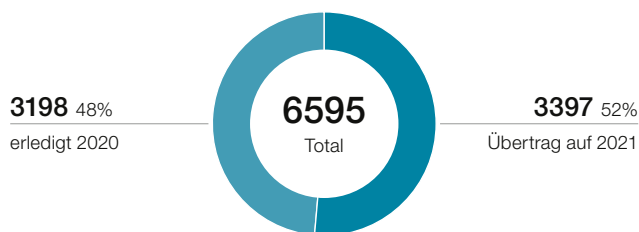
3.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	302	3081	354	3279
Klagen	1305	3613	584	760
Andere Rechtsmittel	46	705	106	724
Revisionsgesuche usw.	73	978	200	982
GESAMTDURCHSCHNITT	288		352	

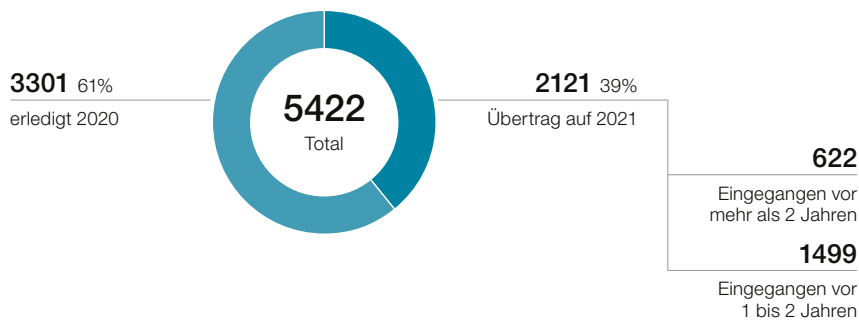
3.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingang 2020	davon Erledigung 2020		davon Übertrag auf 2021		Übernommene Geschäfte von 2019	davon Erledigung 2020		davon Übertrag auf 2021		Neueingang 2020	Erledigung 2020	
Abteilung I	904	209	23%	695	77%	682	450	66%	232	34%	904	659	73%
Abteilung II	369	164	44%	205	56%	382	254	66%	128	34%	369	418	113%
Abteilung III	613	183	30%	430	70%	868	407	47%	461	53%	613	590	96%
Abteilung IV	1795	1032	57%	763	43%	1229	812	66%	417	34%	1795	1844	103%
Abteilung V	1782	936	53%	846	47%	1481	834	56%	647	44%	1782	1770	99%
Abteilung VI	1132	674	60%	458	40%	780	544	70%	236	30%	1132	1218	108%
TOTAL	6595	3198	48%	3397	52%	5422	3301	61%	2121	39%	6595	6499	99%

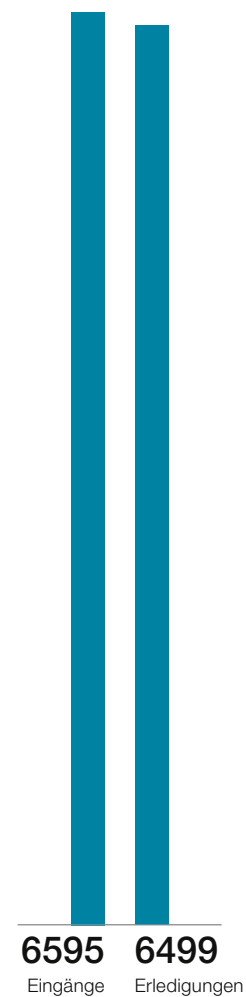
3.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



3.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

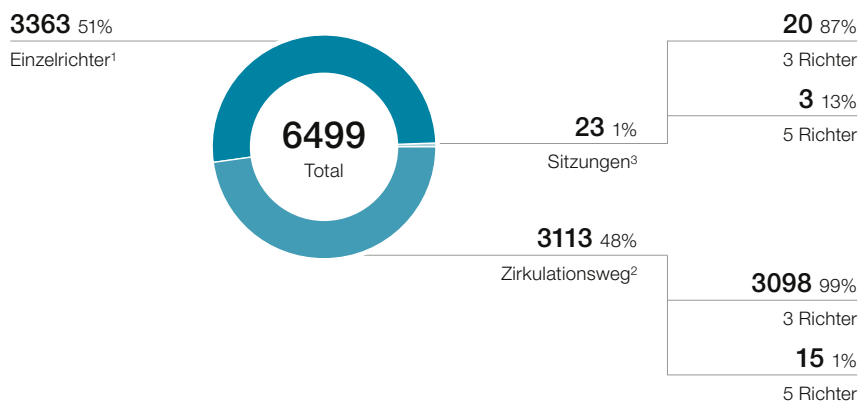


3.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



3.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzel- richter ¹	Zirkulationsweg ²			Sitzungen ³		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	3147	2928	13	2941	19	3	22
Klagen	1	2	–	2	–	–	–
Andere Rechtsmittel	113	60	–	60	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	102	108	2	110	1	–	1
TOTAL	3363	3098	15	3113	20	3	23



¹ Darin enthalten sind 1419 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

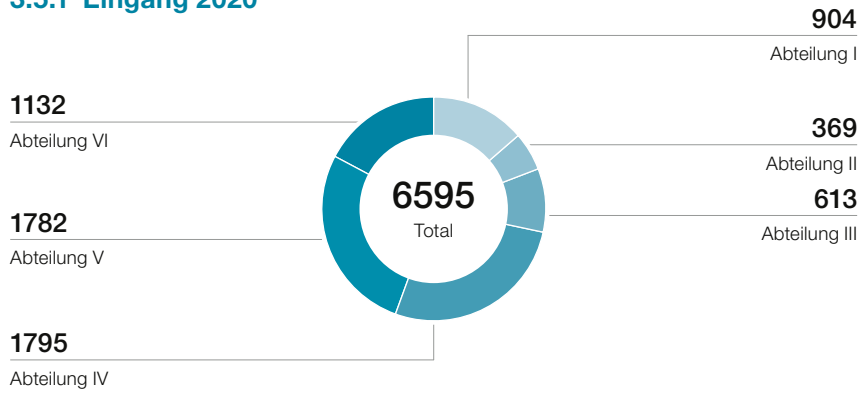
² Inklusive nicht öffentlicher Urteilsberatungen

³ Nur öffentliche Urteilsberatungen

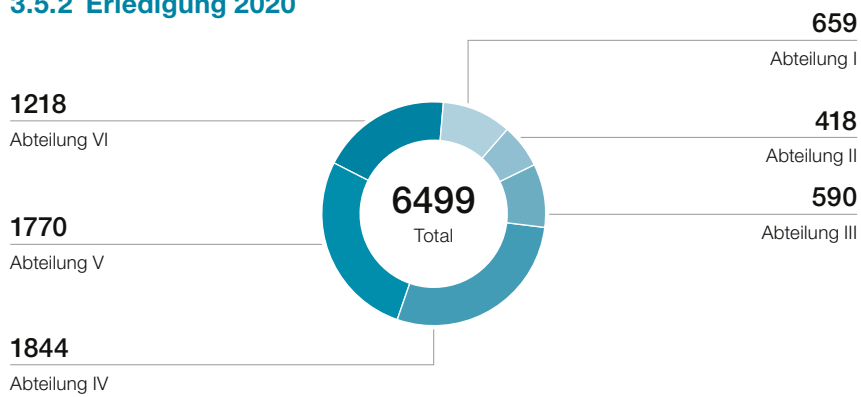
3.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2019	Eingang 2020	Erledigung 2020	Übertrag auf 2021
Abteilung I				
Beschwerden	680	866	628	918
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	2	35	29	8
Revisionsgesuche usw.	–	3	2	1
Total	682	904	659	927
Abteilung II				
Beschwerden	373	364	409	328
Klagen	6	2	3	5
Andere Rechtsmittel	1	1	2	–
Revisionsgesuche usw.	2	2	4	–
Total	382	369	418	333
Abteilung III				
Beschwerden	863	599	578	884
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	2	5	1	6
Revisionsgesuche usw.	3	9	11	1
Total	868	613	590	891
Abteilung IV				
Beschwerden	1203	1651	1697	1157
Andere Rechtsmittel	4	44	42	6
Revisionsgesuche usw.	22	100	105	17
Total	1229	1795	1844	1180
Abteilung V				
Beschwerden	1461	1662	1650	1473
Andere Rechtsmittel	4	55	52	7
Revisionsgesuche usw.	16	65	68	13
Total	1481	1782	1770	1493
Abteilung VI				
Beschwerden	771	1068	1148	691
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	6	43	47	2
Revisionsgesuche usw.	3	21	23	1
Total	780	1132	1218	694
GESAMTTOTAL	5422	6595	6499	5518

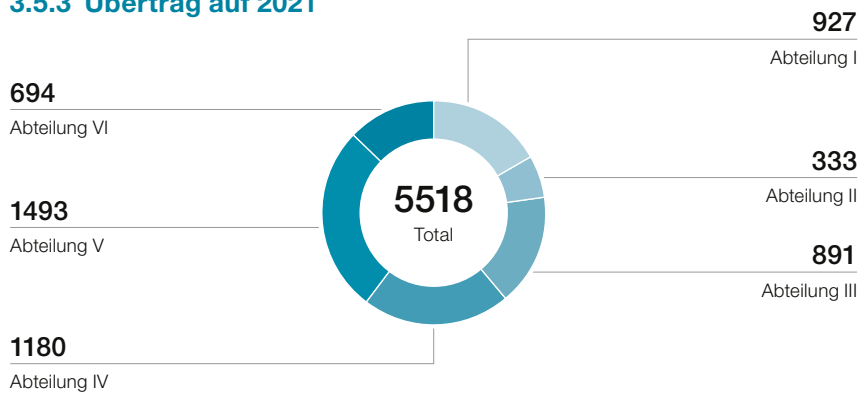
3.5.1 Eingang 2020



3.5.2 Erledigung 2020



3.5.3 Übertrag auf 2021



3.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2019	2020
Abteilung I										
Beschwerden	740	603	706	722	866	644	644	621	633	628
Klagen	–	1	1	–	–	–	2	1	1	–
Andere Rechtsmittel	21	24	20	19	35	21	24	17	23	29
Revisionsgesuche usw.	–	6	5	2	3	–	5	6	2	2
Total	761	634	732	743	904	665	675	645	659	659
Abteilung II										
Beschwerden	443	383	377	401	364	423	424	433	377	409
Klagen	–	–	1	4	2	2	–	–	1	3
Andere Rechtsmittel	1	4	11	7	1	1	4	11	6	2
Revisionsgesuche usw.	1	5	6	3	2	–	6	5	2	4
Total	445	392	395	415	369	426	434	449	386	418
Abteilung III¹										
Beschwerden	673	677	666	676	599	736	772	698	646	578
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	1	3	7	6	5	1	3	5	6	1
Revisionsgesuche usw.	5	6	8	4	9	5	5	6	4	11
Total	679	686	681	686	613	742	780	709	656	590
Abteilung IV										
Beschwerden	2483	2100	2136	1812	1651	2253	2077	2235	2040	1697
Andere Rechtsmittel	65	43	52	66	44	57	52	50	66	42
Revisionsgesuche usw.	73	59	97	74	100	79	62	85	71	105
Total	2621	2202	2285	1952	1795	2389	2191	2370	2177	1844
Abteilung V										
Beschwerden	2379	2031	1933	1773	1662	2176	1980	1971	1799	1650
Andere Rechtsmittel	58	58	44	45	55	59	58	38	48	52
Revisionsgesuche usw.	61	71	100	90	65	61	69	93	91	68
Total	2498	2160	2077	1908	1782	2296	2107	2102	1938	1770
Abteilung VI²										
Beschwerden	1086	1274	1268	1210	1068	982	1169	1293	1287	1148
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	16	23	25	34	43	17	22	23	32	47
Revisionsgesuche usw.	5	8	15	21	21	2	9	13	23	23
Total	1107	1305	1308	1265	1132	1001	1200	1329	1342	1218
GESAMTTOTAL	8111	7379	7478	6969	6595	7519	7387	7604	7158	6499

¹ 2012–2015: Die Abteilung gliedert sich in zwei Kammern. Am 1.7.2016 entstand aus der Kammer 2 die Abteilung VI. Die Zahlen des Jahres 2016 enthalten auch die Werte der ehemaligen Abteilung III Kammer 1 der ersten Jahreshälfte.

² Die aus der ehemaligen Kammer 2 der Abteilung III gebildete Abteilung VI besteht seit 1.7.2016: Für die erste Jahreshälfte 2016 wurden die Zahlen der ehemaligen Abteilung III Kammer 2 berücksichtigt.

3.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
Staat – Volk – Behörden						
140.00 Bürgerrecht	66	–	2	1	–	69
141.00 Ausländerrecht	713	–	21	7	–	741
142.10 Asylverfahren	3610	–	54	168	–	3832
142.50 Asyl Verschiedenes	24	–	7	–	–	31
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	11	–	3	–	–	14
144.00 Ausweisschriften	35	–	1	1	–	37
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	14	–	–	–	–	14
170.00 Staatshaftung (Bund)	9	–	–	–	–	9
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	28	–	74	18	–	120
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	34	–	–	1	–	35
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	37	–	–	–	–	37
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	12	–	1	–	–	13
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern u. Finanzmarkt)	165	–	–	2	–	167
Total Staat – Volk – Behörden	4758	–	163	198	–	5119
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung						
210.10 Stiftungsaufsicht	5	–	–	–	–	5
210.20 Adoptionsvermittlung	1	–	–	–	–	1
221.10 Revisionsaufsicht	8	–	–	–	–	8
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	–	–	–	–	–	–
232.10 Urheberrecht	2	–	–	–	–	2
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	70	–	–	–	–	70
232.50 Erfindungspatente	1	–	–	1	–	2
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	21	–	–	–	–	21
232.70 Ursprungsbezeichnungen	–	–	–	–	–	–
232.80 Wappenschutz	1	–	–	–	–	1
251.00 Kartelle	17	1	–	1	–	19
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	126	1	–	2	–	129
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug						
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	1	–	–	–	–	1
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	–	–	–	–	–	–
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	1	–	–	–	–	1
Schule – Wissenschaft – Kultur						
410.00 Schule	83	–	1	1	–	85
420.00 Wissenschaft und Forschung	13	–	–	–	–	13
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	4	–	–	–	–	4
450.00 Natur- und Heimatschutz	2	–	–	–	–	2
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	102	–	1	1	–	104
Landesverteidigung						
500.00 Landesverteidigung	23	–	–	–	–	23
Finanzen						
610.00 Subventionen	10	–	–	–	–	10
630.00 Zölle	30	–	–	–	–	30
641.00 Stempelabgaben	1	–	–	–	–	1
641.99 Indirekte Steuern	60	–	1	–	–	61
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUST)	58	–	1	–	–	59
650.00 Schwerverkehrsabgabe	–	–	–	–	–	–
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	2	–	–	–	–	2
650.99 Direkte Steuern	1	–	–	–	–	1
654.00 Verrechnungssteuer	12	–	–	–	–	12
655.00 Internationales Steuerrecht	–	–	–	–	–	–
699.00 Finanzen (Übriges)	1	–	–	–	–	1
Total Finanzen	115	–	1	–	–	116

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr						
711.00 Enteignung	22	-	-	-	-	22
725.00 Nationalstrassen	10	-	1	-	-	11
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	20	-	1	-	-	21
730.20 Elektrische Anlagen	39	-	-	-	-	39
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	3	-	-	-	-	3
742.00 Eisenbahnen	23	-	-	-	-	23
748.10 Luftfahrtanlagen	1	-	-	-	-	1
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	25	-	-	-	-	25
749.00 Übrige Anlagen	4	-	-	-	-	4
783.00 Post, Fernmeldewesen	13	-	-	-	-	13
785.00 Radio und Fernsehen	36	-	-	-	-	36
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	5	-	-	-	-	5
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	201	-	2	-	-	203
Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit						
810.10 Medizin und Menschenwürde	1	-	-	-	-	1
810.20 Medizinalberufe	14	-	-	-	-	14
810.30 Heilmittel	14	-	-	1	-	15
810.40 Chemikalien	15	-	-	-	-	15
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	5	-	-	-	-	5
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	2	-	-	-	-	2
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	8	-	-	-	-	8
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	32	-	-	-	-	32
830.00 Sozialversicherung	598	1	1	8	-	608
830.10 Sozialversicherung AT	4	-	-	-	-	4
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	129	-	-	3	-	132
830.40 Invalidenversicherung (IV)	321	-	1	4	-	326
830.50 Krankenversicherung	61	-	-	1	-	62
830.60 Unfallversicherung	17	-	-	-	-	17
830.70 Berufliche Vorsorge	62	-	-	-	-	62
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	4	1	-	-	-	5
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	4	-	-	-	-	4
850.00 Fürsorge	-	-	-	-	-	-
Total Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit	693	1	1	9	-	704
Wirtschaft – technische Zusammenarbeit						
901.00 Investitions- und Standortförderung	1	-	-	-	-	1
910.00 Landwirtschaft	17	-	-	-	-	17
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	-	-	-	-	-	-
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	-	-	-	-	-	-
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	28	-	-	-	-	28
950.20 Finanzmarktaufsicht	26	-	-	-	-	26
990.99 Wirtschaft – technische Zusammenarbeit (Übriges)	-	-	-	-	-	-
Total Wirtschaft – technische Zusammenarbeit	46	-	-	-	-	46
999.00 Übriges	45	1	5	3	-	54
GESAMTTOTAL	6110	3	173	213	-	6499

VERGLEICHSTABELLE

Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)*	Bundesgericht	Bundes- strafgericht	Bundesver- waltungsgericht	Bundes- patentgericht
Anzahl Richter/innen	38,0	17,3	66,5	3,6
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	131,1	27,8	192,0	1,0
Anzahl übrige Mitarbeitende	151,5	28,6	105,1	1,3
Geschäftslast				
Bestand am Anfang des Jahres	2 702	369	5 422	20
Anzahl Eingänge	8 024	903	6 595	22
Anzahl Erledigungen	7 863	993	6 499	17
Bestand am Ende des Jahres	2 863	279	5 518	25
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	146	194 ¹ / 106 ² / 121 ³	288	560 ⁴ / 107 ⁵
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	57	1	622	3
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2020 eingegangenen Fällen	67%	73%	48%	23%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2020 erledigten Fälle	93%	90%	61%	60%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	98%	110%	99%	77%
Finanzen				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16 611 972	1 322 455	4 281 382	796 605 ⁶
Aufwand	95 884 444	16 963 462	83 874 769	1 566 306
Personalaufwand	81 060 734	14 170 713	72 137 510	1 368 746
Sach- und übriger Betriebsaufwand	14 232 280	2 665 133	11 399 073	197 560
Einlage in Rückstellungen	350 000	113 000	296 817	–
Abschreibung Verwaltungsvermögen	241 429	14 616	41 369	–
Investitionsrechnung				
Einnahmen	–	–	–	–
Ausgaben	39 282	–	–	–
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	39 282	–	–	–
Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	17,32%	7,80%	5,10%	50,86% ⁶
Besonderes				
Unentgeltliche Rechtspflege	710 933	34 286	859 666	–
Informatik-Sachaufwand	2 372 487	533 583	2 977 806	109 806
Raummiete	5 909 780	1 133 520	3 997 920	58 500

* Jahresmittelwert
¹ Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer
² Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer
³ Mittlere Dauer der Verfahren der Berufungskammer
⁴ Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren
⁵ Mittlere Dauer der summarischen Verfahren
⁶ Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; Fr. 769 700.70)